

Demographischer Wandel als Herausforderung für die Kommunen

Mäding, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mäding, H. (2006). Demographischer Wandel als Herausforderung für die Kommunen. In P. Gans, & A. Schmitz-Veltin (Hrsg.), *Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 6, Demographische Trends in Deutschland - Folgen für Städte und Regionen* (S. 338-354). Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung - Leibniz-Forum für Raumwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-339008>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Heinrich Mäding

Demographischer Wandel als Herausforderung für die Kommunen

S. 338 bis 354

Aus:

Paul Gans, Ansgar Schmitz-Veltin (Hrsg.)

Demographische Trends in Deutschland - Folgen für Städte und Regionen

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 226

Hannover 2006

Heinrich Mäding

Demographischer Wandel als Herausforderung für die Kommunen

Gliederung

- 1 Thematisierung des demographischen Wandels
- 2 Demographische Prozesse
 - 2.1 Nationales Bevölkerungsvolumen
 - 2.2 Nationale Bevölkerungsstruktur
 - 2.3 Binnenwanderungen
 - 2.4 Regionale Differenzierung
- 3 Betroffenheit der Städte
 - 3.1 Systematisierung der Effekte
 - 3.2 Alterung (und Vereinzelung)
 - 3.3 Bevölkerungsabnahme
 - 3.4 Heterogenisierung
- 4 Konsequenzen für die kommunale Politik

Literatur

1 Thematisierung des demographischen Wandels

Seit 1972 bleibt die Zahl der Geburten in Deutschland hinter der Zahl der Sterbefälle zurück. Der natürliche Saldo ist von einer Phase der Zunahme in eine Phase der Abnahme gewechselt. Obwohl schon früher alarmierende Bücher zur unzureichenden biologischen Reproduktion der Gesellschaft verfasst worden waren – etwa Findeisens „Europa stirbt und merkt es nicht“ (1957) –, kam es seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre in Deutschland zu einer ersten intensiven wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Geburten- bzw. Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, auch für die kommunale Ebene (u. a. ARL 1976, Spiegel 1977, Buse 1979, Mäding 1980, Wissenschaftlicher Beirat 1980, Sinz 1981) und zu einer politischen Befassung mit dem Thema, wie die Stellungnahmen der Ministerkonferenz für Raumordnung aus den Jahren 1979 und 1981 oder der Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (BT-Drs. 8/4437 vom 8.8.1980) belegen.

Obwohl in Fachkreisen in Wissenschaft¹ und Politik² das Thema immer auf der Tagesordnung blieb – nicht zuletzt im Kontext aller Debatten um die Rentenversicherung – und obwohl die demographischen Prozesse in Ostdeutschland (Reduktion der Geburten 1989–

1993 auf ca. 40 Prozent, Ost-West-Wanderung) zu dramatischen Bevölkerungsverlusten in vielen Städten und Gemeinden führten, hat m. E. erst im Jahre 2000 die 9. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes zu einem Wendepunkt in der öffentlichen Aufmerksamkeit und zu einer anhaltenden Debatte auch in den Medien über Ursachen, Quantitäten und Folgen der demographischen Prozesse und über politische Handlungsmöglichkeiten geführt. Die Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes ergaben für Deutschland im Jahre 2050 (ausgehend von einem Bevölkerungsstand von etwa 82,5 Mio. im Jahre 2000)

- ohne Zuwanderung: 59 Mio., d. h. minus 23 Mio.
- Netto-Zuwanderung p. a. 100.000: 65 Mio., d. h. minus 17 Mio.
- Netto-Zuwanderung p. a. 200.000: 70 Mio., d. h. minus 12 Mio. (Statistisches Bundesamt 2000)
- Da Alterung als Verschiebung der Relationen zwischen Altersklassen, meist gemessen in sog. Altenquotienten, neben der Verlängerung der Lebenserwartung stark vom Geburtenrückgang beeinflusst ist, wurden „Schrumpfung“ und „Alterung“ zu Zwillingsthemen mit bedrohlicher Aura
- Erst jetzt setzte auf der kommunalen und regionalen Ebene in ganzer Breite die Auseinandersetzung mit Fragen des demographischen Wandels ein. Charakteristisch sind Tagungen und Ausarbeitungen von (kommunalen) Arbeitsgruppen auf Länderebene,³ von Landesarbeitsgemeinschaften der ARL (z. B. Müller; Siedentop 2003) oder der DASL.⁴ Der folgende Beitrag rückt die Perspektive der einzelnen Kommune in den Mittelpunkt.

2 Demographische Prozesse

Die folgenden Überlegungen gehen von acht demographischen Trends in der Bundesrepublik Deutschland aus, von denen sieben auch in Zukunft anhalten werden, einer aber „umkippen“ wird:

2.1 Nationales Bevölkerungsvolumen

- a) „Schrumpfung“: Das generative Verhalten der (deutschen und ausländischen) Bevölkerung in Deutschland (ein Indikator: zusammengefasste Geburtenziffer pro Frau bei ca. 1,3) reicht – seit über 30 Jahren – nicht zur Reproduktion der Bevölkerung aus. Die Zahl der Sterbefälle übertrifft die der Geburten. Eine Änderung ist nicht in Sicht.

¹ vgl. etwa die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft oder die Veröffentlichungen von Birg, Schmid u. a.

² 1992 setzte der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission zum Demographischen Wandel ein, die 2002 einen Endbericht vorlegte, BT-Drs. 14/8800 vom 28.3.2002.

³ Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des DST, 2002; Arbeitsgruppe beim Gemeindegtag Baden-Württemberg 2002; Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen 2003; Städtetag Rheinland-Pfalz 2003; Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz 2003; Arbeitsgruppe „Demographische Entwicklung“ beim Städte- und Gemeindebund NRW, 2004.

⁴ Arbeitsgruppe „Schrumpfende Stadt“, 2002.

- b) „Zuwanderung“: Im langjährigen Durchschnitt hat die BRD einen positiven Wanderungssaldo. Zwischen 1960 und 2000 lag die durchschnittliche jährliche Bilanz bei ca. 250.000 Personen. Zuzüge (von Deutschen und Ausländern) übertreffen in der Regel, von meist konjunkturell bedingten Ausnahmen abgesehen, die Fortzüge (von Deutschen und Ausländern). Die hohen Salden der 1990er-Jahre werden voraussichtlich – trotz EU-Erweiterung – nicht anhalten. Das Statistische Bundesamt rechnet in der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050 mit drei Varianten: +100.000/ +200.000/ +300.000 (Statistisches Bundesamt 2003).⁵
- c) „Bevölkerungsentwicklung“ (als Summe aus a) und b)): Bis heute übertrifft und verdeckt der positive Wanderungssaldo den Rückgang der Einwohnerzahlen. Die Gesamtbevölkerung wächst gegenwärtig um ca. 100.000 p. a. Dies wird nicht so bleiben. Voraussichtlich zwischen 2010 und 2020 wird die Bevölkerungszahl in Deutschland zu sinken beginnen. In der mittleren Variante 5 der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ist das ab 2012 der Fall. Der Trend „kippt um“.

2.2 Nationale Bevölkerungsstruktur

- a) „Alterung“: Steigende Lebenserwartung und unzureichende Reproduktion führen zur dauerhaften Alterung der Gesamtbevölkerung, die über die Veränderung verschiedener Quoten oder Mittelwerte (z. B. das Medianalter, das von 39 (2000) auf über 50 Jahre (2050) wachsen wird) gemessen werden kann.
- b) „Heterogenisierung“: Der positive internationale Wanderungssaldo und die Zusammensetzung der Zu- und Fortzüge rufen eine wachsende Verschiedenheit in der Gesellschaft nach regionaler/ethnischer Herkunft, aber auch nach kulturellem und religiösem Hintergrund hervor.
- c) „Vereinzelung“: Die durchschnittliche Zahl der Personen pro Haushalt sinkt kontinuierlich; immer höher wird – vor allem in den Städten – der Anteil der Einpersonenhaushalte.

2.3 Binnenwanderungen

- a) „Ost-West-Wanderung“: Nachdem die negative Bilanz des Ostens nach der Vereinigung sich einem ausgeglichenen Wert genähert hatte, verschärfte sich die Situation seit 1997 wegen der unzureichenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Ländern wieder. Dieser Trend weist – neben der Zuwanderung – für die Zukunft die größte Unsicherheit auf. Amtliche Stellen rechnen – nicht nur aus Zweckoptimismus – aber mit einem allmählichen Sinken des Saldos (BBR Raumordnungsprognose 2020, Beitrag Schlömer in diesem Band).
- b) „Suburbanisierung“: Kleinräumig bleibt die Suburbanisierung der wichtigste Trend der räumlichen Bevölkerungsverteilung, auch wenn sie etwas nachlassen dürfte (Mädling 2004a).

⁵ In der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung fehlte die dritte Variante (+300.000).

2.4 Regionale Differenzierung

Die acht aufgeführten Trends sind regional/lokal unterschiedlich ausgeprägt; wachsende Gemeinden liegen neben solchen mit sinkender Einwohnerzahl, die Ausländerquote als – schwacher – Indikator der Heterogenisierung ist im Westen wesentlich höher als im Osten. Die Trends stehen auch in einem komplizierten Wechselverhältnis, z. B. trägt die Schrumpfung zur Alterung bei oder die Suburbanisierung erklärt einen Teil der Bevölkerungsabnahme in der Kernstadt.

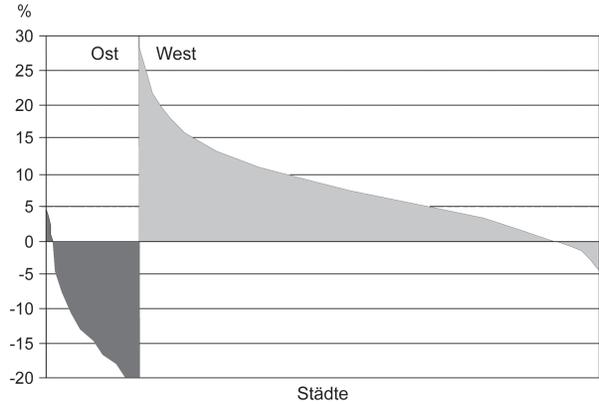
Für die Betrachtung aller Prozesse aus der Perspektive der einzelnen Kommune sollen hier drei Vereinfachungen eingeführt werden:

1. Die Prozesse unter 2.1 und 2.3 werden zu einem Prozess zusammengefasst: „Bevölkerungsentwicklung“. In diesen gehen die natürliche Bevölkerungsentwicklung, die internationalen, interregionalen und intraregionalen Wanderungen ein. Es interessiert also nur die Frage, ob die lokale Bevölkerung einer Kommune zu- oder abnimmt. Vor allem aus der Perspektive der Formulierung einer lokalen Politik ist dies eine gravierende Einschränkung, da es z. B. für eine ostdeutsche Stadt einen großen Unterschied macht, in welchem Umfang sie Menschen „nur“ in die Region durch Suburbanisierung verliert, die aber als pendelnde Arbeitskräfte und Infrastrukturnutzer weiter berücksichtigt werden müssen, und in welchem Umfang diese zu Abwanderern (z. B. nach Westdeutschland) werden.
2. Obwohl die Bevölkerung in Deutschland noch wächst, gibt es viele schrumpfende Gemeinden, und wenn demnächst (voraussichtlich) die Bevölkerung in Deutschland abzunehmen beginnt, wird es dennoch weiterhin (wie lange? wie viele?) wachsende Gemeinden geben. Wachsende und schrumpfende Gemeinden liegen oft sogar direkt beieinander, eine Erfahrung, die uns durch die langjährigen Suburbanisierungsprozesse in Westdeutschland vertraut ist. Im Folgenden soll hinsichtlich der quantitativen Bevölkerungsentwicklung nur der Fall der Abnahme näher betrachtet werden. Er wirft die eigentlich neuen Fragen auf.
3. Die kommunale Ebene besteht aus kreisfreien Städten, kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie Landkreisen, doch wird hier nur von „Städten“ gesprochen, die Aussagen gelten aber zumeist auch für Kreise und Gemeinden in analoger Weise.

Abbildung 1 (Beyer; Zupp 2002) macht die Bevölkerungsentwicklung der Städte im Ost-West-Vergleich seit der Wende besonders augenfällig. Nur 5 Prozent der Ost-Städte haben (geringfügig) Bevölkerung gewonnen, während 95 Prozent (bis 20 Prozent) Einwohner verloren haben. Knapp 10 Prozent der West-Städte sind (geringfügig) geschrumpft, während über 90 Prozent ihre Bevölkerung (bis zu 30 Prozent) vermehren konnten.

Nennenswerte Bevölkerungsabnahme ist bislang also ein Phänomen in ostdeutschen Städten. Allerdings wird sie im Zeitablauf auch mehr und mehr westdeutsche Städte erreichen.

Abb 1: Bevölkerungsentwicklung der Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern im Ost-West-Vergleich (1989 bis 1999 in %)



Quelle: Beyer; Zupp 2002: 91

3 Betroffenheit der Städte⁶

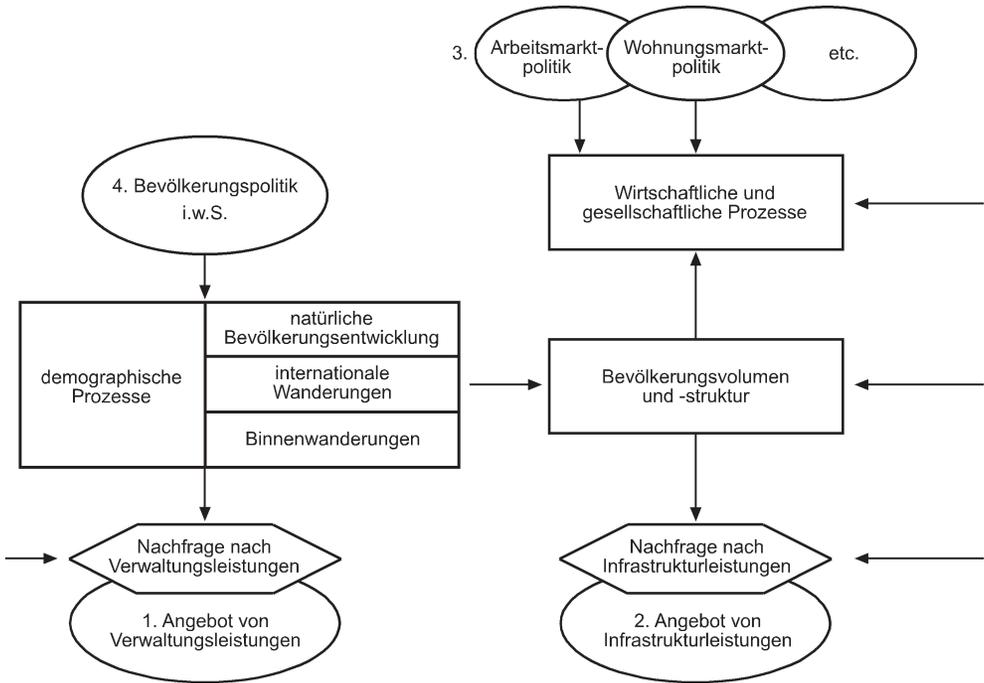
3.1 Systematisierung der Effekte

Demographische Prozesse können für Politik und Verwaltung auf allen Ebenen unseres föderativen Staates (Bund, Länder, Gemeinden) aus unterschiedlichen Gründen relevant werden (Abb. 2).

1. Demographische Prozesse sind selbst Auslöser von einzelfallbezogenem Verwaltungshandeln (im Standesamt, Einwohnermeldeamt, Ausländeramt). Ihr Volumen bestimmt daher über die Nachfrage nach spezifischen Verwaltungsleistungen und entsprechend über das notwendige Angebot an solchen Verwaltungsleistungen.
2. Demographische Prozesse beeinflussen Bevölkerungsvolumen und -struktur in einem Gebiet und damit die Nachfrage nach personenbezogenen Infrastrukturleistungen, welche die öffentliche Verwaltung selbst anbieten oder gewährleisten möchte (vom Kindergartenplatz bis zur Einäscherung).
3. Demographische Prozesse beeinflussen schließlich direkt oder indirekt wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse und Problemlagen, auf die Politik und Verwaltung, auch ohne die demographischen Prozesse selbst zu steuern, reagieren möchten oder müssen (Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, öffentliche Sicherheit u. a. m.).
4. Demographische Prozesse als Aggregate können aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gründen aber auch direkt beeinflusst werden. Das gilt für internationale Wanderungen (von einer restriktiven Asylpolitik bis zu einer fördernden Green-Card-Regelung), für Binnenwanderungen und auch für die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Bevölkerungspolitik i. w. S.). Dies kann direkt geschehen (Mobilitätshilfen der Bundesanstalt für Arbeit) und indirekt: Maßnahmen der Familienpolitik wird – offen oder verdeckt – oft ein geburtenfördernder Nebeneffekt zugeschrieben.

⁶ Die Abschnitte 3 und 4 folgen teilweise früheren, schwer zugänglichen Veröffentlichungen des Verfassers: Mäding 2003a, 2003b, 2004c.

Abb. 2: Demographische Prozesse und politische Reaktionen



Quelle: eigene Darstellung

Städte sind im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen und in politikfeldspezifischen Verflechtungen mit Bund und Ländern auf allen vier Ebenen betroffen und tätig:

1. Sie bieten die einzelfallbezogenen Leistungen an (ein Bereich, der im Folgenden wegen geringer Relevanz nicht weiter betrachtet wird).
2. Sie bieten die Mehrzahl der Leistungen der (sozialen und technischen) Infrastruktur an oder gewährleisten sie.
3. Sie kümmern sich um öffentliche Sicherheit, lokale Arbeits- und Wohnungsmärkte etc.
4. Sie versuchen – gerade in Zeiten stagnierender oder schrumpfender Gesamtbevölkerung – über Attraktivitätspolitik Binnenwanderungen zu beeinflussen, z. B. Ost-West-Wanderung und Suburbanisierung zu verhindern.

Es kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass der demographische Wandel als eine der zentralen Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung zu charakterisieren ist, weil er nahezu alle Felder der kommunalen Politik meist intensiv berührt. Dies soll im Folgenden zwar systematisch, aber doch nur exemplarisch demonstriert werden, indem vier Kernbefunde des Wandels (Alterung, Vereinzelung, Schrumpfung und Heterogenisierung) auf drei unterschiedliche Begriffe von Stadt bezogen werden.

Mit „Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum“ wird die Gesamtheit der ökonomischen und sozialen Prozesse umrissen. Städte sind Netzknoten in Feldern räumlicher Verflechtungen, die sich durch ein besonderes Aktivitäts-, aber auch Problemniveau auszeichnen.

Die „gebaute Stadt“ bezieht sich auf Infrastruktur und Wohnen, auf das räumliche Erscheinungsbild der Siedlungen in der Stadtregion (Dichte, Höhe, öffentliche Räume, Stadtkante etc.), auf die räumliche Verteilung der Aktivitäten in Gebäuden und Freiräumen, aber auch die unsichtbaren physischen Infrastrukturen und die Beziehungen zur umgebenden und eingeschlossenen Natur („Stadtlandschaft“).

Die „politische Stadt“ meint ihre Verfasstheit als Gebietskörperschaft im föderativen Staat, die demokratische Willensbildung, Bürgerbeteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen, kompetenzielle Handlungsspielräume, finanzielle Handlungskraft, politisch-administrative Handlungseffizienz, Aufgabenteilung und -verschränkung zwischen öffentlichem und privatem Sektor.

Mit diesem Ansatz ergibt sich als gedankliche Systematik eine Matrix, in der die vier demographischen Prozesse als Auslöser/Ursachen aufgefasst werden und die Felder mit beispielhaften Herausforderungen belegt werden (Tab. 1).

Tab. 1: Demographische Prozesse als Herausforderungen

	Stadt als Wirtschafts-/Lebensraum	gebaute Stadt	politische Stadt
Alterung und Vereinzelung	Belastung des Gesundheitssystems Vergesellschaftung von Dienstleistungen	Nachfrage nach altersgerechten Angeboten wachsende Wohnfläche/Kopf	neue Prioritäten sinkende politische Beteiligung
Bevölkerungsabnahme	Nachfragerückgang Arbeitskräfterückgang	Leerstände weite Wege steigende Kosten	sinkende Finanzkraft „Misserfolg“
Heterogenisierung	Disparität Desintegration	Segregation	sinkende politische Beteiligung Polarisierung

Quelle: eigene Darstellung

3.2 Alterung (und Vereinzelung)

Der Prozess der Alterung ist – im Unterschied etwa zur Bevölkerungsabnahme – ein säkularer und genereller Prozess: in Ost und West, Stadt und Land, unterschieden höchstens im Tempo. Wegen ihrer Konsequenzen wird die Alterung – oft verstärkt durch den Prozess der Vereinzelung – von vielen Wissenschaftlern als der gesamtgesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich bedeutsamste demographische Wandel bezeichnet (z. B. Pfeiffer et al. 2001: 14).

Für die Städte als Wirtschafts- und Lebensraum ist die Alterung vor allem wichtig für das infrastrukturelle Leistungsangebot (Beitrag Winkel in diesem Band). Berücksichtigt man den Zusammenhang zwischen Alter und Krankheitskosten, ist beim überproportionalen Zuwachs gerade der Hochbetagten hier eine überproportionale Belastung zu erwarten.⁷ Wer wird zukünftig die Gesundheitsdienstleistungen und Pflegedienstleistungen in welchen Arrange-

ments erbringen? Hier trifft sich Alterung mit Vereinzelung: Heute werden schätzungsweise 50 Prozent der Pflegedienstleistungen in Familien erbracht (primär von Ehefrauen und Töchtern).⁸ In dem Maße, wie die Kinderzahl niedrig bleibt und vor allem die Hochbetagten aus verschiedenen Gründen vermehrt ohne Partner sind, tritt eine zunehmende Vergesellschaftung der Dienstleistungen auf. Neue (Typen von) Infrastrukturen werden nötig, über die – soweit Marktfinanzierung ausscheidet – öffentlich zu entscheiden ist, vom Leistungstyp (Beratung, personale Dienstleistung) her natürlich am besten auf der lokalen Ebene: zumindest über die Gewährleistung, auch wenn die Leistungen selbst von einem breiten Spektrum kommerzieller bis rein karitativer Träger erbracht werden.

Auch in der „gebauten Stadt“ wird die Alterung teils über Marktprozesse, teils über politische Entscheidungen ihre Spuren hinterlassen (müssen). Neue Alternativen zum Heim, etwa betreutes Wohnen, Gruppenselbsthilfe, fordern neues Denken auch von Wohnungsunternehmen. Altersgerechtes, barrierefreies Wohnen,⁹ altersgerechte Infrastrukturen, mehr Sporthallen statt Freianlagen, mehr Fahrstühle/Rolltreppen statt langer Treppen, auch in den ÖPNV-Systemen. Die Wohnfläche pro Kopf nimmt nicht zuletzt durch den sog. „Remanenzefekt“¹⁰ zu (Beitrag Waltersbacher in diesem Band).

Eine spannende Frage betrifft die Einflüsse der Alterung auf die „politische Stadt“. Altersverschiebungen im Wählerpotenzial können Umgewichtungen in den politischen Prioritäten zur Folge haben. Hier sind Zukunftsaussagen mit großen Unsicherheiten behaftet, oft an der Grenze zur Spekulation. Voraussichtlich kommt es eher zu einer verstärkten Berücksichtigung von altersspezifischen Interessen und Ansichten in den existierenden (Volks-)Parteien als zu einem Aufschwung einer spezialisierten Altenpartei (z. B. Graue Panther): nach dem Greening in den Parteien nun ein Greying. Unzufriedenheit mit der absehbaren Verschlechterung im Beitrags-Leistungs-Verhältnis der Sozialversicherungssysteme kann abfärben auf eine allgemeine politische Unzufriedenheit. Manifeste Konflikte sind weniger wahrscheinlich als enttäuschter Rückzug aus den politischen Betätigungen (sinkende Wahlbeteiligung).¹¹ In einer deutlich gealterten Gesellschaft wird sich auch das vorherrschende mentale Verhältnis zu Zukunft und Risiko verschieben. Ob damit allerdings für die Kommunalpolitik aus diesem Grund etwa die Investitionsneigung sinkt und welches Gewicht dieser Einfluss hat, ist offen.

⁷ Allein zwischen 2000 und 2050 soll die Zahl der Pflegebedürftigen von 2 auf 4,7 Mio. wachsen. DIW zit. nach Pfeiffer et al. 2001: 33.

⁸ Das Parlament (8.3.04) und Pfeiffer et al. (2001: 66) sprechen sogar von 80 Prozent.

⁹ Sachverständigenkommission: Zweiter Altenbericht. BT-Drs. 13/9750 vom 28.01.1998.

¹⁰ Statistische Vergrößerung der Wohnfläche pro Kopf bei Auszug von Kindern, Tod eines Ehepartners etc.

¹¹ Bislang ist die Wahlbeteiligung älterer Menschen höher (Demographische Forschung aus erster Hand, Jg. 1 (2004) Nr. 2: 3).

3.3 Bevölkerungsabnahme

Bevölkerungsabnahme ist auf der Ebene der einzelnen Stadt eine Resultante, hinter der vier demographische Primärprozesse als Komponenten stehen: natürliche Bevölkerungsentwicklung, internationale Migrationen, großräumige Binnenwanderungen, z. B. Ost-West, sowie Suburbanisierung. In Oststädten kumulieren sich die vier Primärprozesse meist, in Weststädten saldieren sie sich eher, aber nach 2020 ist Bevölkerungstabilität auch im Westen (vorausichtlich) nur noch für wenige Städte realistisch.

Bevölkerungsabnahme birgt für die „Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum“ die Gefahr eines zirkulär-kumulativen Prozesses: Sie produziert Leerstände, sinkende Attraktivität, verstärkte Abnahme. Dies gilt auf Quartiersebene stärker als auf Stadtebene, auf Stadtebene stärker als auf Regionsebene. Schrumpfende Kernstädte in stabilen oder gar wachsenden Stadtregionen sind im Westen häufig (Fachkommission 2002), ohne diese zirkulären Folgeprozesse auszulösen. Umgekehrt gibt es zahlreiche wachsende Gemeinden im Osten, die vom Suburbanisierungsprozess profitieren.

Für die „Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum“ und die „gebaute Stadt“ bedeutet Bevölkerungsrückgang von merklichem quantitativem Gewicht:

- Eine sinkende Nachfrage nach privaten Gütern und Diensten verschärft wirtschaftliche Schwierigkeiten vom Einzelhandel bis zum Rechtsanwaltsbüro, dünnt Angebote nach Palette und Erreichbarkeit aus und senkt damit insgesamt die Attraktivität.
- Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter entwickelt sich rückläufig.
- Die Infrastrukturnachfrage verringert sich: kleinere Klassen, leere Hallenbäder, allenthalben steigende „Stückkosten“, evtl. Schul- und Badschließung, wachsende Einzugsbereiche, weite Wege, zugleich leerere Busse, evtl. Ausdünnung des ÖPNV-Angebots, große Schwierigkeit, die weiten Wege mit dem ÖPNV zurückzulegen, Verschiebung des modal split.
- Bevölkerungsabnahme bedeutet leere Wohnungen, leere Läden, Verfall der Immobilienwerte, direkt und indirekt. Wenn am leeren Nachbarhaus die Fenster gegen Vandalismus vernagelt werden, sinkt auch meine Lebensqualität. Leerstand erhöht die Wahlmöglichkeiten und fördert in push- und pull-Prozessen innerörtliche Mobilität und damit Segregation.
- Attraktivitätsverluste dieser Art und der Arbeitskräfterrückgang schrecken tendenziell auch Investoren und Unternehmensgründer ab, selektive Bevölkerungsabnahme gerade bei den jungen Jahrgängen, bei den Qualifizierteren hemmt die zukünftigen Chancen vor allem dann, wenn demnächst die veränderte Bevölkerungspyramide den Wettbewerb um junge, qualifizierte Personen im erwerbsfähigen Alter weiter ankurbelt.

Diese negativen Effekte werden den interregionalen/interlokalen Wettbewerb um Einwohner deutlich intensivieren.

Für die „gebaute Stadt“ ist Bevölkerungsabnahme allerdings ambivalenter. Neben Leerständen und weiten Wegen zeigen sich eventuell auch positive Seiten:

- Der Siedlungsdruck lässt nach, wenn auch nicht proportional. Freiflächen am Stadtrand und im Innern bleiben erhalten, bei Abriss und ökologischer Aufwertung können neue Freiflächen hinzukommen. Die Wohnumfeldqualität steigt.
- Städte sind bekanntlich belastet mit einer Vielzahl von Emissionen. Bevölkerungsabnahme senkt eher Luftverschmutzung und Lärmemissionen, führt zu ökologischer Entlastung.
- Viel kommt darauf an, wie sich Auf- und Abwertung im Raum verteilen zwischen Zentrum und Peripherie, eher konzentriert oder eher räumlich gleich verteilt.

Stadtentwicklungspolitik, nun als fachliche und räumliche Steuerung von Schrumpfungprozessen, erhält neue Schwierigkeit und Dringlichkeit. Unter den Oststädten hat vor allem Leipzig begonnen, sich hinsichtlich der Qualität der Planungen hier einen Namen zu machen.

Für die „politische Stadt“ ist Bevölkerungsabnahme eine extreme Herausforderung, ungleich schwieriger als Bevölkerungswachstum:

- Über die finanzwirtschaftlichen Konsequenzen schrumpft die Handlungskraft der politischen Akteure (RWI 2002, zur Diskussion Beitrag Müller in diesem Band). Steuereinnahmen und Zuweisungen im Finanzausgleich reagieren im deutschen kommunalen Einnahmensystem stark sensitiv auf abnehmende Bevölkerungszahlen. In der langfristigen Perspektive darf allerdings das Produktivitätswachstum nicht ausgeklammert werden. Daher gibt es keine einfache Ableitung einer kommunalen Finanznot aus der erwarteten Bevölkerungsabnahme (Mädig 2004b). So ist es durchaus vorstellbar, dass einerseits die negativen Effekte der Alterung und Heterogenisierung auf die Produktivität fiskalisch gewichtiger werden als die negativen Effekte der Bevölkerungsabnahme selbst und dass andererseits die Konsequenzen auf der Ausgabenseite, auch durch eine überzogene Attraktivitätspolitik, die kommunale Finanzkrise mehr verstärken als die heute ganz im Mittelpunkt stehenden Sorgen zur Einnahmenentwicklung (Mädig 2004b, DIW 2002).
- Die politische Stadt wird auch auf anderen Wegen als über die Finanzen auf die Probe gestellt. Im demokratischen Wettbewerb sind Erfolge die beste Voraussetzung für Wiederwahl, Misserfolge für Abwahl. „Bevölkerungsabnahme“ steht heute noch als Symbol für Misserfolg. Alle Städte werden versuchen, sie zu minimieren. Unabhängig von der erwähnten Ambivalenz der Wirkungen und unabhängig von der undurchsichtigen Kapazität der politischen Akteure, Bevölkerungsabnahme selbst zu beeinflussen (und nicht nur zu kanalisieren), hängt sie wie ein Makel über der Amtszeit. Da braucht man viele andere Vorzüge, um am Wahltag im Amt zu bleiben. Kein Wunder, dass es vielen Politikern nicht opportun erscheint, dieses Thema überhaupt anzusprechen, dass sogar nach neuen „schöneren“ Worten fürs Phänomen gesucht wird.¹² Bevölkerungsabnahme ist aber nicht nur für Politiker gefährlich. Sie provoziert auch die planende Verwaltung. Jahre des überwiegenden demographischen und ökonomischen Stadtwachstums gaben ihr Erfahrungen, die nun nichts mehr gelten, da Umkehrschlüsse unzulässig sind. Sie gaben ihr Instrumente und Verfahren der Wachstumssteuerung, die bei Schrumpfung nicht mehr greifen! Es sind

¹² Z. B. „Entdichtung“, Nachrichten der ARL 4/2002: 30, oder „Lean City“ (Lang; Trenz 2002).

also nicht nur auf der Ebene der Planungsphilosophie, sondern auch auf der Ebene der Planungsinstrumente Innovationen nötig.

3.4 Heterogenisierung

Heterogenisierung als ein demographischer Prozess bezieht sich auf internationale Zuwanderung. Dabei interessiert hier nicht, ob Deutschland Zuwanderung makroökonomisch für die Produktion oder die Rentenversicherung gut gebrauchen kann und in welchem Umfang. Im langjährigen Durchschnitt (1960–2000) hat Deutschland eine Bruttozuwanderung von fast 800.000 p. a. und eine Nettozuwanderung von etwa 250.000 p. a. erlebt. Wichtig sind primär die Bruttozuwanderungen und persönliche Merkmale der Migranten, insbesondere Alter, berufliche Qualifikationen und ethnische Herkunft. Gerade aus der Perspektive kommunaler Problemlagen, der Herausforderungen für die Kommunen ist der rechtliche Status „Ausländer“ nur eine erste, unbefriedigende Annäherung, dasselbe gilt auch für die beliebte statistische Kennzahl Ausländerquote. Dazu nur ein Argument: Unter Integrationsgesichtspunkten stellen ein deutscher Spätaussiedler aus den GUS-Staaten und seine nichtdeutschen Angehörigen sicherlich größere Anforderungen als der gegenwärtige Chef der Deutschen Bank, ein Schweizer, und voraussichtlich auch als der legendäre Green-Card-Inhaber aus der indischen Mittelschicht. Zudem verändern Neuregelungen des Staatsbürgerschaftsrechts zwar Ausländerzahlen und -quoten (u. a. via Einbürgerung),¹³ ohne im gleichen Maße auch die realen Herausforderungen für die Städte zu ändern.

Für die „Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum“ ist die Heterogenisierung vor allem deshalb eine Herausforderung, weil sie vermehrte Integrationsleistungen erfordert. Tag für Tag sind die Zeitungen voll von Meldungen, die statistische Abweichungen zwischen Einheimischen bzw. Deutschen und Zugewanderten bzw. Ausländern anzeigen, die Indikatorfunktion für unzureichende Integration besitzen.

- Trotz oft ausgeprägter Bildungsaspirationen ist ihre Bildungsbeteiligung niedriger, ihr Bildungserfolg auch in der zweiten und dritten Generation weit unterdurchschnittlich. Mehr als die Hälfte der ausländischen Jugendlichen in Deutschland erwerben keinen weiterführenden Schulabschluss (FAZ 24.8.02, auch Birg 2003: 43). „Fast 40 % der türkischen Erwerbspersonen unter 25 haben keine Berufsausbildung“ (Pfeiffer et al. 2001: 62, auch DIW-Wochenbericht 29/2000 vom 20. Juli 2000). Bei der Berufsausbildung junger Ausländer in Deutschland erkennt das DIW sogar Rückschritte (Jeschek 2002).
- Ihre Arbeitsmarktbeteiligung ist (auch daher) niedriger, ihre Arbeitslosenquote häufig zweibis dreimal so hoch.¹⁴ „Einwanderung nach Deutschland ist seit fast 10 Jahren oft Einwanderung in die Arbeitslosigkeit“ (FAZ 31.7.02). Entsprechend hoch sind die Sozialhilfequoten, die direkt die kommunalen Haushalte belasten. Doch wird der ökonomische Erfolg von Zuwanderern – innerhalb und außerhalb der „Ethnischen Ökonomie“ (Floeting; Henckel 2003) – wesentlich über die ökonomische Entwicklung in Deutschland mitentschieden.

¹³ So soll z. B. die Ausländerquote in Stuttgart von 22,7 % (2001) auf 19,5 % (2015) sinken (Lindemann 2002: 160).

¹⁴ Arbeitslosenquote der türkischstämmigen Berliner 42 % (FAZ 9.7.02, Birg 2003: 43).

Für die „gebaute Stadt“ beherrscht in enger Wechselwirkung mit der „Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum“ das Thema Segregation die wissenschaftlichen und politischen Debatten. Segregation als räumlich ungleiche Verteilung der Bevölkerung auf dem städtischen Territorium verstärkt die Effekte der Heterogenisierung.

Die Begründung der Segregation liegt oft eher weniger in einer verständlichen sozialen Kohäsion unter den Zuwanderern, die das Einleben erleichtert, als in einer sozialen und ökonomischen Exklusion der sog. Mehrheitsgesellschaft, die attraktive Räume und Wohnungen vorrangig über den Preismechanismus verteidigt und den ökonomisch schwachen Zuwanderern inattraktive Räume und Wohnungen überlässt, die sich oft durch Desinvestition (Abnutzung, Verfall) zügig verschlechtern. Immer gab es gute und schlechte Quartiere in der Stadt. Die spezifischen Herausforderungen für die Stadt bestehen heute in der Konzentration der Migranten in sog. „problematischen“ Quartieren, wo die dort ebenfalls konzentrierten deutschen „Verlierer“ der Wohlstandsentwicklung mit den eigentlich erforderlichen Toleranz- und Integrationsleistungen überfordert sind (Empirica 1998), in der zunehmenden Ethnisierung sozialer Konflikte und im Übergewicht der negativen Isolierungs- und Abwertungswirkungen über die positiven Schutz- und Stabilisierungswirkungen für die – vor allem die jungen – Migranten.

Abschließend zur „politischen Stadt“: Heterogenisierung bedeutet zunächst, dass im deutschen Rechtssystem viele Einwohner der Stadt von der formellen Beteiligung am politischen Prozess über Wahlen ausgeschlossen sind, der Terminus „Kommunale Selbstverwaltung“, ein Verfassungsprinzip, läuft für sie leer. Die Wahlrechte für EU-Bürger auf der kommunalen Ebene sind eine überfällige Normalisierung gewesen, doch Nicht-EU-Bürger bleiben ausgeschlossen. Heterogenisierung gekoppelt mit sprachlicher Inkompetenz führt auch dazu, dass mehr und mehr Einwohner die lokalen Geschehnisse nicht im Dialog, auf der Mieterversammlung, der Bürgerversammlung mitbesprechen, mitgestalten, ja sogar oft nicht einmal mehr passiv mitverfolgen, soweit nicht fremdsprachige Lokalsender/Lokalzeitungen verfügbar sind, was i. d. R. nur für die größten Großstädte und auch da nur partiell und selektiv zutrifft. Heterogenisierung, gemischt mit der vorrangigen Thematisierung ethnisierten sozialer Konflikte, kann in der politischen Landschaft der Stadt die Polarisierung vorantreiben und politischem Extremismus (von Einheimischen und Migranten) Rückenwind geben. Das ist keine Beschreibung der vorherrschenden Lage in Deutschland, sondern einer Gefahr, der reale Fälle zugeordnet werden können und die für das politische Gemeinwesen Stadt eine zentrale Herausforderung darstellt.

4 Konsequenzen für die kommunale Politik

Die vorgestellte Systematisierung der Prozesse, Wirkungen und Problemfelder müsste nun regional/lokal konkretisiert werden. Bevölkerungsabnahme in einer Stadt wirkt anders als in einem dünn besiedelten Landkreis, Heterogenisierung erscheint je nach Umfang und Erfahrung im Umgang mit Fremden in einem anderen Licht. Die Prozesse, Wirkungen und Problemfelder müssten sodann in Beziehung gesetzt werden zum Spektrum kommunaler Aufgaben: von der Wirtschaftsförderung bis zur Wohnungspolitik, von der Aufwertung von Stadtquartieren bis zur vorschulischen Erziehung. Alle Politikfelder sind betroffen und dies in regional/lokal spezifischer Weise. Es ist Aufgabe der einzelnen Stadtverwaltungen (und ihrer wissenschaftlichen Berater) dem jeweils im Einzelnen nachzugehen. Die Vielfalt der tatsäch-

lichen Konstellationen, die eine charakteristische Schwierigkeit der Forschung und Beratung im kommunalen Raum darstellt, erlaubt es nicht, in einem kurzen Überblick politikfeldspezifische Konsequenzen hier vorzustellen. Es würde sich dabei zeigen lassen, dass der demographische Wandel i. d. R. „nur“ die Dringlichkeit bestimmter Maßnahmen unterstreicht, nicht aber völlig neue Politikentwürfe erfordert. So heißt es z. B. in einer Handlungsempfehlung: „Der demographische Wandel sollte zum Anlass genommen werden, die Effizienz der Verwaltungen zu steigern ...“ (Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz 2003; wichtigste Ausnahme: Abriss und Stadtumbau als Antwort auf Bevölkerungsabnahme).

Die Überlegungen sollen daher durch einige Thesen abgeschlossen werden, die als politikfeld-unabhängige, generelle Anregungen für den politischen Umgang mit dem demographischen Wandel auf der lokalen Ebene zu verstehen sind.

1. Die Prozesse des demographischen Wandels sind von erheblicher stadt-bestimmender Wirkung, welchen Stadtbegriff man auch zugrunde legt. Sie verdienen adäquate und das heißt mehr Aufmerksamkeit: schonungsloses Monitoring, langfristige Prognosen,¹⁵ konzeptionelle Politikentwürfe, nicht die lang praktizierte Erkenntnisverweigerung. Dabei haben Stadtstatistik und kommunale Fachpolitik vor allem mit drei Problemen zu kämpfen:
 - der Instabilität der rechnerischen Ergebnisse: So ist beim Übergang von der 9. zur 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Bevölkerungsstand 2050 bei einer Zuwanderung von netto 200.000 p. a. von 70 Mio. auf 75 Mio. gewachsen, allein wegen der langfristig gravierenden Wirkungen neuer Annahmen zur Lebenserwartung.
 - den großen Bandbreiten: Ebenfalls beim Übergang von der 9. zur 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ist eine dritte Wanderungsalternative aufgenommen worden (netto 300.000 p. a.), sodass nunmehr untere und obere Alternative im Jahr 2050 für Deutschland um 14 Mio. Einwohner (statt 5 Mio. bei der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung) differieren.
 - der größeren Unsicherheit: Regionale/lokale Prognosen benötigen im Vergleich zu nationalen Vorausberechnungen zusätzliche Annahmen zu den Binnenwanderungen und den Abweichungen aller Bestimmungsgrößen von den nationalen Durchschnitt.

Es besteht daher stets die Gefahr, dass die Unsicherheit und Instabilität der rechnerischen Ergebnisse demographischer Projektionen zu einer Abkehr der Politik, vor allem des Rates, von solchen Analysen führt, die oft fälschlich als „Spielchen“ oder „Kaffeesatzlesen“ abqualifiziert werden. Dies ist vor allem deshalb fatal, weil unsere Bevölkerungsvolumina kaum Einfluss auf die drei großen strukturellen Trends haben, auf Alterung, Heterogenisierung und Vereinzelung, und weil für spezielle

¹⁵ In einer aktuellen Übersicht über die Stadtforschung in deutschen Städten betreffen 10 Prozent der Nennungen demographische Fragen, aber darunter nur knapp 4 Prozent überhaupt Prognosen (Verband Deutscher Städtestatistiker 2002).

Fragen, z. B. der Schülerprognose für die relevanten Zeiträume, sehr exakte Prognosen abgegeben werden können. Im Übrigen kann die Konfrontation von Szenarien z. B. zu einer rationalen Politik der Flexibilisierung von Infrastrukturen beitragen.

2. Kommunale Fachplanungen müssen mit den jeweils neuesten demographischen Projektionen abgestimmt werden. Dabei ist vor allem auch darauf zu achten, dass in den regionalen, vor allem den Stadt-Umland-Zusammenhängen, konsistente Annahmen, z. B. zur Suburbanisierung, zugrunde gelegt werden, um Über- und Unterinvestitionen zu vermeiden. Über die gemeinsamen Annahmen hinaus stützt der demographische Wandel das gemeinsame Handeln. Traditionelle Verhaltensmuster müssen überwunden werden. Bei abnehmender Bevölkerung muss die Devise hinsichtlich der Infrastrukturausstattung lauten: „Vom Haben-Wollen in der Gemeinde zum Nutzen-Können in der Region“.
3. Unter den Politikfeldern ist Bevölkerungspolitik im engeren Sinne aus vielen Gründen politisch schwer zugänglich, unter den Ebenen im föderativen Staat am ehesten noch dem Bund (z. B. Zuwanderung). Kommunen können Volumen und Struktur ihrer Bevölkerung fast nur über die Wanderungen, also über eine allgemeine „Attraktivitätspolitik“ im Wettbewerb um Einwohner beeinflussen, es fehlen wirksame bevölkerungspolitische Instrumente. Damit soll nicht der Zusammenhang zwischen einer Politik der „Kinder- und familienfreundlichen Gemeinde“ etwa durch Investition in Kindertagesstätten oder das Wohnumfeld (Difu; AGS 1997) und der Bereitschaft von Paaren, Kinderwünsche tatsächlich zu realisieren, gelehrt werden. Aber er ist – ohne staatliche Komplementärmaßnahmen – sicher schwach und außerdem durch die Umzugsmobilität (d. h. regionale spill-over) für die einzelne Gemeinde wenig treffsicher. Gemeinden müssen als Kollektiv also weitgehend Anpassungspolitik an gegebene demographische Prozesse betreiben (dazu auch Hollbach-Grömig 2002, Lehrer 2004).
4. Das entbindet EU, Bund und Länder nicht von der Verpflichtung, für dieses kommunale Handeln einen adäquaten Rahmen zu schaffen, vor allem Handlungsspielräume und ausreichende finanzielle Mittel. Die Gemeindefinanzreform-Kommission hat es 2003 nicht vermocht, die Verbindungslinien zwischen demographischem Wandel und Kommunal финанzen zu thematisieren und die Einwohnerabhängigkeit der kommunalen Einnahmen etwas zu lockern.
5. Anpassungspolitik in einem partiell inadäquaten Rahmen legt schon aus Prinzip bescheidene Gestaltungsziele nahe. Gerade aber auch die Richtung der demographischen Einzelprozesse selbst macht es erforderlich, sich auch materiell mit bescheideneren Entwicklungszielen zu befremden. Bevölkerungsabnahme und Alterung erlauben uns keine großen Sprünge mehr. Mentaler Abschied vom Wachstumsdenken und Jugendkult ist aber leichter gesagt als getan. Hierfür fehlt gegenwärtig die politische Unterstützung in der Bevölkerung. Doch besser früh und freiwillig als spät und nur gezwungenermaßen. Mut zur Bescheidenheit darf nicht mit Verzicht auf politische Gestaltung verwechselt werden.
6. Will man die Folgen des demographischen Wandels stadtverträglich und einwohnerfreundlich beeinflussen, so setzt dies eine langfristige Stadtentwicklungsplanung und

-politik voraus. Eine der größten Herausforderungen im politisch-administrativen Prozess werden die Vielzahl zeitlicher Inkongruenzen und die Länge der demographischen Reaktionszeiten sein. Ursachen heutiger Phänomene liegen oft Generationen zurück, heutiges Verhalten wirkt über Generationen in die Zukunft. Dieser langfristige Horizont der demographischen Prozesse passt überhaupt nicht zum kurzfristigen Horizont politischer Wahlperioden, der auf die administrativen Orientierungen durchschlägt (zeitliches Steuerungsdilemma). Regionale, gesamtstädtische und quartiersbezogene Analysen und Konzepte müssten zur Begrenzung des räumlichen Steuerungsdilemmas miteinander verknüpft werden. Die fachlich versäulte Kommunalpolitik und -verwaltung müsste zur Begrenzung des organisatorischen Steuerungsdilemmas bei dieser exemplarischen Querschnittsaufgabe zu kooperativem Handeln verbunden werden. „Bleibt nur die Hoffnung, dass die Politik mehr als zuvor den Mut hat, solche langfristigen Prozesse rechtzeitig anzugehen, die Bevölkerung ausreichend zu informieren und dann auch partiell unpopuläre Entscheidungen zu treffen“ (Herfert 2003: 5).

Literatur

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1976): Planung unter veränderten Verhältnissen. Wissenschaftliche Plenarsitzung 1975 in Duisburg. In: Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL Bd. 108, Hannover.
- Arbeitsgruppe beim Gemeindegtag Baden-Württemberg (2002): Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Städte und Gemeinden. In: Die Gemeinde 125. Jg., H. 6, S. 192–211.
- Arbeitsgruppe „Demographische Entwicklung“ beim Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen (2004): Demographischer Wandel. Düsseldorf.
- Arbeitsgruppe „Schrumpfende Stadt“ der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen (2002): Die schrumpfende Stadt. Anmerkungen und Vorschläge zur Diskussion. o. O.
- Beyer, W.; Zupp, W. (2002): Langfristige Bevölkerungsentwicklung Brandenburger Städte bis zum Jahr 2040. In: Raumforschung und Raumordnung 60. Jg., H. 2, S. 89-99.
- Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V. (Hrsg.) (2003): Bevölkerungsentwicklung und die Folgen für die Kommunen. o. O.
- Birg, H. (2003): Dynamik der demographischen Schrumpfung und Alterung in Europa: Gestaltungskonsequenzen für Deutschland. In: Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (Hrsg.): Demographischer Wandel – Herausforderung und Gestaltungsfeld. Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 2, S. 11–49.
- Bucher, H.; Kocks, M. (1999): Die Bevölkerung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Prognose des BBR bis zum Jahr 2015. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 11/12, S. 755-772.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2004): Raumordnungsprognose 2020. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 3/4.
- Buse, M. (Hrsg.) (1979): Bevölkerungsentwicklung und Kommunalpolitik. Baden-Baden.
- Dangschat, J. (1998): Segregation. In: H. Häussermann (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen, S. 207–220.
- Difu, Deutsches Institut für Urbanistik; AGS, Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.) (1997): Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“. Dokumentation. Berlin.
- DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2002): Demographischer Wandel und Steueraufkommen. Berlin.

- DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2000): Die Integration junger Ausländer in das deutsche Bildungssystem kommt kaum noch voran. In: DIW-Wochenbericht 67. Jg., H. 29, S. 466–476.
- Empirica (1998): Überforderte Nachbarschaften. Soziale und ökonomische Erosion in Großsiedlungen. In: GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e. V. (Hrsg.): Überforderte Nachbarschaften, GdW-Schriften Bd. 48, S. 19-162.
- Enquete-Kommission „Demographischer Wandel ...“, Schlussbericht, BT-Drs. 14/8800 vom 28.3.2002
- Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages (2002): Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die Stadtentwicklung. Zum Stand der Diskussion in den Großstädten. Manuskript
- Findeisen, M. (1957): Europa stirbt und merkt es nicht. Baden-Baden, Frankfurt/Main.
- Floeting, H.; Henckel, D. (2003): Jobnomaden, Schwarzarbeiter und arabische Pizzabäcker: „Zukünfte“ städtischer Arbeitsmärkte? Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 42. Jg., II, S. 59–84.
- Herfert, G. (2003): Die ostdeutsche Schrumpfungslandschaft. Manuskript.
- Hollbach-Grömig, B. (2002): Anpassung der kommunalen Entwicklungskonzepte an den strukturellen und demographischen Wandel. In: Dick E.; Mäding, H. (Hrsg.): Bevölkerungsschwund und Zuwanderungsdruck in den Regionen. Mit welchen Programmen antwortet die Politik, Reihe: Schnittpunkte von Forschung und Politik Bd. 4, Münster u. a., S. 101–125.
- Jeschek, W. (2002): Ausbildung junger Ausländer in Deutschland: Rückschritte bei der Berufsausbildung. In: DIW-Wochenbericht 69. Jg., H. 27, S. 436–443.
- Lang, T.; Tenz, E. (2002): Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City. Diplomarbeit Kaiserslautern.
- Lehrer, M. (2004): Attraktivierung und Anpassung. In: Arbeitsgruppe „Demographische Entwicklung“ beim Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Demographischer Wandel, Düsseldorf, S. 6-9.
- Lindemann, U. (2002): Prognose der Einwohner in Stuttgart 2002 bis 2015. In: Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (Hrsg.): Statistik und Informationsmanagement, Monatshefte 61. Jg., H. 8, S. 148–165.
- Mäding, H. (1980): Voraussichtliche Auswirkungen einer rückläufigen Bevölkerung auf das wirtschaftliche Wachstum. In: Wechselwirkungen zwischen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung. Ifo-Studien zur Bevölkerungsökonomie 1, München, S. 82–94.
- Mäding, H. (2002): Demographische Trends in Deutschland: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft. In: Dick E.; Mäding, H. (Hrsg.): Bevölkerungsschwund und Zuwanderungsdruck in den Regionen. Mit welchen Programmen antwortet die Politik, Reihe: Schnittpunkte von Forschung und Politik Bd. 4, Münster u. a., S. 11–40.
- Mäding, H. (2003a): Demographischer Wandel: Herausforderungen an eine künftige Stadtpolitik. In: Stadtforschung und Statistik H. 1, S. 63–72.
- Mäding, H. (2003b): Demographische Trends: Herausforderungen für die Städte. In: Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt (Hrsg.): Demographischer Wandel – Herausforderung und Gestaltungsfeld. Statistik und Informationsmanagement, Themenheft, S. 57–66.
- Mäding, H. (2004a): Raus aus der Stadt? Zur Erklärung und Beurteilung der Suburbanisierung. Aktuelle Information des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin.
- Mäding, H. (2004b): Demographischer Wandel und Kommunalfinanzen – einige Trends und Erwartungen. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 43. Jg.
- Mäding, H. (2004c): Demographischer Wandel: Herausforderungen für Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft. In: Gans P.; Nachtkamp, H. H. (Hrsg.): Wohnungswirtschaft und Stadtentwicklung, Mannheimer Schriften zu Wohnungswesen, Kreditwirtschaft und Raumplanung Bd. 2, Mannheim, S. 3–38.
- Institut für Stadtentwicklung und Wohnen (Hrsg.) (2000): Mittelstädte – Beiträge zu Stadtentwicklung und Wohnen im Land Brandenburg 2 – 2000. Frankfurt/Oder.
- Müller, B.; Siedentop, S. (Hrsg.) (2003): Schrumpfung - Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels 1). Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Nr. 303, Braunschweig.

- Pfeiffer, U. et al. (2001): Deutschland in den nächsten 30 Jahren: Die Zukunft gestalten. Positionspapier zum Kongress des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung, 3.12.2001, Berlin.
- RWI, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hans Dietrich von Loeffelholz/Hermann Rappen) (2002): Bevölkerungsentwicklung und Kommunalfinanzen im Ruhrgebiet – ein Problemaufriss. Essen.
- Sachverständigenkommission, Zweiter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland (1998): Wohnen im Alter, sog. Zweiter Altenbericht an die Bundesregierung und Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission. BT-Drs. 13/9750 vom 28.01.1998.
- Schlömer, C. (2003): Bestimmungsfaktoren der künftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland. Gutachten im Auftrag der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bonn.
- Sinz, M. (1981): Bevölkerungsrückgang ohne regionale Folgen? In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 11/12, S. 773–804.
- Spiegel, E. (1977): Verdichten oder Verdünnen: Infrastrukturplanung bei Bevölkerungsrückgang. In: Stadtforschung und Stadtplanung (Transfer 3), Opladen, S. 39–49.
- Städtetag Rheinland-Pfalz (2003): Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Städte. Manuskript.
- Statistisches Bundesamt (2000): Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Presseexemplar, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2003): Bevölkerung Deutschlands bis zum Jahr 2050. 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Verband Deutscher Städtestatistiker, Fachbereich Stadt- und Raumbbeobachtung (2002): Stadtforschungsprojekte deutscher Städte 2000. Manuskript.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft (1980): Wirtschaftspolitische Implikationen eines Bevölkerungsrückgangs. Bundesanzeiger 32, Nr. 62, S. 7-13.
- Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (2003): Zukunftsradar 2030. Demographischer Wandel – Herausforderungen für Rheinland-Pfalz. ZIRP-Dialog 2003, Sonderausgabe 2, Mainz.